



Lange Zeit wurde Donald Trumps Interesse am Erwerb Grönlands als diplomatische Kuriosität abgetan. Doch nach seiner Wiederwahl und vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Spannungen sorgt die Thematik erneut für Schlagzeilen – und diesmal mit deutlich ernsterem Ton. Der Vorstoß des Präsidenten, die Kontrolle über das autonome dänische Territorium notfalls auch mit militärischen Mitteln anzustreben, hat nicht nur Verbündete in Europa alarmiert, sondern auch im eigenen Land eine seltene Einigkeit zwischen Republikanern und Demokraten erzeugt.

Ein geopolitischer Vorwand?

Die Argumentation der Trump-Regierung folgt einem bekannten sicherheitspolitischen Muster: Grönland sei von strategischem Interesse, insbesondere angesichts der zunehmenden Präsenz Russlands und Chinas in der Arktis. Die riesige Insel verfüge über natürliche Ressourcen, unberührte Rohstoffvorkommen und liege geopolitisch günstig für den Ausbau militärischer Infrastruktur. Trump selbst sprach von der Notwendigkeit, „amerikanische Interessen in der nördlichen Hemisphäre langfristig zu sichern“.

Doch während die Administration in Washington den Schritt als „Vision für Amerikas strategische Zukunft“ darstellt, sehen Kritiker darin einen Frontalangriff auf internationale Normen und bestehende Allianzen. Der Vorstoß kommt zudem kurz nach der umstrittenen amerikanischen Intervention in Venezuela – was die Sorgen über eine neue, aggressivere Außenpolitik unter Trump 2.0 verstärkt.

Republikanische Gegenwehr

Auffällig ist, dass der Widerstand gegen Trumps Pläne nicht nur von Demokraten getragen wird. Mehrere prominente Republikaner äußerten sich in den vergangenen Tagen kritisch bis ablehnend. So erklärte etwa der Senator Thom Tillis aus North Carolina öffentlich, die Idee, Grönland unter amerikanische Kontrolle zu bringen, sei „absurd“. Der Inselstaat sei ein loyaler Partner und seine Bevölkerung pro-amerikanisch eingestellt – eine Konfrontation mit dem Königreich Dänemark sei daher weder notwendig noch verantwortbar.

Tillis und andere Republikaner befürchten, dass Trumps Kurs die NATO schwächen und damit ein sicherheitspolitisches Fundament untergraben könnte, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die amerikanische Außenpolitik mitgetragen hat. Gemeinsam mit der republikanischen Senatorin Lisa Murkowski und mehreren demokratischen Kolleginnen und Kollegen reist Tillis in diesen Tagen nach Kopenhagen, um der dänischen Regierung die Solidarität des US-Kongresses zu versichern.



Legislative Barrieren gegen präsidiale Alleingänge

Noch handelt es sich nicht um eine militärische Eskalation – doch der US-Kongress bereitet sich bereits auf mögliche Szenarien vor. Eine parteiübergreifende Initiative unter der Leitung von Lisa Murkowski und der Demokratin Jeanne Shaheen brachte einen Gesetzesvorschlag ein, der den Einsatz von Mitteln des Verteidigungsministeriums zur Besetzung oder Annexion Grönlands explizit untersagt. Auch der einflussreiche ehemalige Senator Mitch McConnell, ehemaliger Vorsitzender des Haushaltsausschusses mit Aufsicht über das Pentagon, äußerte sich klar gegen jede Form der militärischen Intervention auf dem dänischen Hoheitsgebiet.

Solche legislativen Maßnahmen senden ein deutliches Signal: Der Kongress ist bereit, seine verfassungsmäßige Rolle als Gegengewicht zur Exekutive wahrzunehmen. Besonders bei Fragen des Kriegseinsatzes, für den laut US-Verfassung die Zustimmung des Kongresses erforderlich ist, wollen sich die Abgeordneten nicht übergehen lassen.

Öffentliche Meinung als Korrektiv

Auch die amerikanische Öffentlichkeit steht dem Vorhaben der Regierung mehrheitlich skeptisch gegenüber. Umfragen zeigen, dass rund drei Viertel der US-Bürger eine Übernahme Grönlands ablehnen – insbesondere, wenn sie mit dem Einsatz militärischer Mittel verbunden wäre. Selbst unter republikanischen Wählerinnen und Wählern ist die Zustimmung gering. Diese breite Ablehnung dürfte ein zusätzlicher Grund für die Zurückhaltung vieler Kongressmitglieder sein, sich vorbehaltlos hinter den Präsidenten zu stellen.

In Europa sorgt das Verhalten Washingtons natürlich ebenfalls für starke Irritationen. Die dänische Premierministerin sprach von einem „inakzeptablen Affront“ gegenüber einem NATO-Partner. Auch Grönlands Regierung selbst bekräftigte erneut ihre Autonomie und forderte stärkere Verteidigungsgarantien seitens des Nordatlantikpakts.

Der Konflikt um Grönland zeigt exemplarisch, wie fragile internationale Ordnungen unter Druck geraten, wenn nationale Alleingänge das Primat der Kooperation ablösen. Was zunächst wie eine geopolitische Randnotiz erscheint, könnte in Wahrheit zum Prüfstein für die Belastbarkeit transatlantischer Bündnisse und demokratischer Kontrollmechanismen werden.

Autor: P. Tiko